

SPEZIALREDE

der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion
zum Nachtragsbudget 2020
und zum Budget 2021

gehalten von

GR Berno Mogel

am 05. November 2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Hoher Gemeinderat!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Unser Geld für unsere Grazer!

Wir behandeln heute nochmals das Budget 2020, das aufgrund der Vielzahl an Maßnahmen und Verordnungen durch die Bundesregierung unter dem Überbegriff „Covid-19 Maßnahmen“ dem Voranschlag nicht standhalten konnte.

Durch den Einbruch der Einnahmen und der Mehrausgaben, die diverse Coronamaßnahmen nach sich ziehen, fehlen der Stadt Graz rund 100 Millionen Euro für das Jahr 2020.

Einnahmeeinbußen entstanden vor allem bei der Kommunalsteuer und den Ertragsanteilen. Finanzielle Schäden verzeichnen auch die Unternehmen mit städtischer Beteiligung, hervorgerufen durch die Wirtschaftskrise als Folge des verordneten Lockdowns.

Zudem kommen diverse coronabedingte Hilfsmaßnahmen der Stadt, wie zum Beispiel das Aussetzen der Parkgebühren oder höhere Personalkosten im Bereich des Gesundheitsamtes, die aufgrund der verordneten Maßnahmen zwingend notwendig waren.

Maßnahmen, wie sie auch jetzt von der türkis-grünen Bundesregierung im zweiten Lockdown getroffen wurden, sind wissenschaftlich nicht belegt und rufen völliges Unverständnis der Bevölkerung hervor. Zum Beispiel ist es nicht nachvollziehbar, dass das Ansteckungsrisiko tagsüber in Gastronomiebetrieben höher ist, als bei einem Kirchenbesuch. Präventionsmaßnahmen können da wie dort getroffen werden.

Die Bevölkerung in Angst zu versetzen und ihre Grund- und Freiheitsrechte einzuschränken ist nicht unser Weg. Eine diktatorische und ständestaatliche Politik, wie sie in Ansätzen durch den Corona-Verordnungswahn jetzt schon erkennbar ist, ist nicht die, der Freiheitlichen Partei. Wir setzen auf die Selbstverantwortung der Bevölkerung und den besonderen Schutz von Risikogruppen.

Ehrliche und valide Informationen gepaart mit einem positiven Blick in die Zukunft müssen für die Politik in Graz oberste Prämisse sein. Als eine der wichtigsten Entscheidungen für das Jahr 2020 und 2021 sehen wir daher das Festhalten an unseren Investitionsvorhaben in Graz.

Im Vergleich dazu haben anderen Städten durch die von der Bundesregierung verursachte Wirtschaftskrise ihre geplanten Projekte auf Eis gelegt.

Als Beispiele kann ich aufzählen:

- Stadt Feldbach – das Projekt "Schule der Zukunft" wird verschoben
- in Kalsdorf – ein Millionenprojekt für ein modernes Abfallsammelzentrum wurde gestoppt
- Gratwein-Straßengel – ein Bauprojekt am Straßengler Kirchberg liegt auf Eis

Wir jedoch setzen in Graz auf Investitionen in die Infrastruktur und in die Bildung, zur Erhaltung und Stärkung des Wirtschaftsstandortes und der damit verbundenen Arbeitsplätze.

Investitionen in die Zukunft müssen auch in Krisenzeiten möglich gemacht werden, denn es wird eine Zeit nach der Krise geben. Auch in der Finanzkrise im Jahr 2008 ff hat sich das antizyklische Investieren von einigen Ländern als schneller Weg aus der Krise bewährt.

Es wird aber auch notwendig sein, sich die Ausgabenstruktur des Budgets genauer anzusehen.

Einer der größten Budgetposten der Stadt Graz sind die Sozialausgaben. Dazu gehört die Grundversorgung von Asylanten, die Mindestsicherung und auch die freiwilligen Zuschüsse der Stadt wie z.B. die Leistungen, die durch die Sozialcard abgedeckt sind. Betrachtet man die Verteilung auf heimische Staatsbürger, EU-Bürger und Drittstaatsangehörige, erkennt man, dass mittlerweile unverhältnismäßig viele Bezieher der Mindestsicherung und der Sozialcard keine österreichischen Staatsbürger sind.

Selbstverständlich wird eine Gesellschaft auch daran gemessen, wie sie mit ihren schwächsten Mitgliedern verfährt. Graz ist, was den Umgang und die Unterstützung ihrer bedürftigen Mitbewohner angeht, vorbildlich.

In Zeiten von Krisen muss man sich aber Gedanken darüber machen dürfen, ob soziale Unterstützungen treffsicher genug sind. Nennen wir es beim Namen: Unser Geld für unsere Grazer!

Noch glaubt unsere türkis-grüne Regierung in Wien, dass in Bedrängnis geratene Bürger und Unternehmer mittels Almosen ruhig gestellt werden können. Sehr bald wird man wohl erkennen, dass eine in die Knie gegangene Wirtschaft auch keinen Sozialstaat erhalten kann.

Der jetzige zweite Lockdown wurde in den Betrachtungen für das Jahr 2021 noch gar nicht eingepreist und die Folgen sind unabsehbar. Daher kann es nur heißen: keinen einzigen Asylwerber zusätzlich in Graz in unser Sozialsystem mehr aufnehmen.

Stehen weniger Mittel zur Verteilung zur Verfügung, kann es nicht sein, dass Grazer, die sich ihr Leben lang in die Gesellschaft eingebracht haben, aufgrund einer verfehlten Zuwanderungspolitik der letzten Jahre, eigentlich Jahrzehnte, benachteiligt werden.

Dass wir in Krisenzeiten enger zusammenstehen müssen und den durch die Wirtschaftskrise unverschuldet in Nöte geratenen Grazern zur Seite stehen müssen, ist ein Gebot der Stunde.

Aber es muss auch klar und unmissverständlich gesagt werden, dass das Geld der Grazer primär für die Grazer ist. Bei den bisherigen freiheitlichen Initiativen, damit Graz nicht zur sozialen Hängematte für Menschen aus aller Herren Länder wird, sei die Verschärfung der Voraussetzungen für die Gewährung der Sozialcard sowie die geänderten Voraussetzungen bei der Vergabe von Gemeindewohnungen erwähnt. Dieser Kurs muss unbedingt weiter verfolgt werden damit der autochthone Grazer nicht zum Bürger zweiter Klasse wird.